

## PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 127 -

Sitzung vom

28. Januar 1991

### PROTOKOLL

der 9. Sitzung

**Datum:** Montag, 28. Januar 1991  
**Zeit:** 19,00 Uhr bis 21.15 Uhr  
**Ort:** Singaal Lättenwiesen

**Vorsitz:** Ratspräsident Valentin Perego  
**Protokoll:** Roger Würsch

**Anwesend:** 35 Mitglieder  
**Abwesend:** Hans A. Kohler (krank)



## PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 128 -

SITZUNG VOM

28. Januar 1991

### Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 7. Sitzung vom 3. Dezember 1990 und 8. Sitzung vom 10. Dezember 1990
3. Spezialkommission Planung, Ersatzwahl
4. Nächtliches Dauerparkieren, Postulat Peter Reinhard, Begründung
5. Revision Verordnung über den Finanzhaushalt, Motion M. Goetschi, Begründung
6. Drogenpolitik, Postulat Hans A. Kohler, Beschlussfassung zur Ueberweisung
7. Luft-Programm, Interpellation Peter Reinhard, Antwort des Stadtrates
8. Wohnbauförderung, Postulat Kurt Schwaighofer, Antwort des Stadtrates und Antrag auf Abschreibung
9. Bewilligung eines Kredites für die Erstellung von Asylbewerbern-Notunterkünfte

### 1. Mitteilungen

---

#### 1.1 Begrüssung

Erich Bader (EVP), Christian Baertschi (Stadt-Anzeiger) und Roger Würsch (erstmalig Protokoll) werden an ihrer 1. Sitzung vom Ratspräsidenten begrüsst.

#### 1.2 Kleine Anfrage David Häne Trennsystem und Revitalisierung von eingedolten Bächen in Opfikon

K 1.1.1

Von der Antwort des Stadtrates vom 18. Dezember 1990 zur Kleinen Anfrage von David Häne wird Kenntnis genommen.

#### 1.3 Drogenbekämpfungskonzept

F 6.6

Vernehmlassungsantwort des Stadtrates zum Drogenbekämpfungskonzept des Gemeindepräsidentenverbandes lag in der Aktenaufgabe zur Einsicht auf.



### 1.4 Persönliche Erklärung (Frauenerklärung) Kathrin Schmid NIO V 4.3.2

"Die Frauen sind wieder zurück, nachdem in der letzten Ratssitzung im Dezember zumindest äusserlich gesehen einmal 36 Männer hier sassen.

Im Dezember haben wir gesagt, wir würden Ihnen im Januar eine Erklärung für unsere Verkleidung geben.

Dies ist zwar eine persönliche Erklärung (es gibt ja keine Frauenerklärung), aber ich kann sagen, dass ich im Namen von allen Frauen hier spreche.

Nun, um es kurz zu machen, es geht um die Geschäftsordnung, welche in einer der nächsten Sitzungen hier im Rat behandelt wird. Es gibt einen Minderheitsantrag, der eine geschlechtsneutrale Formulierung fordert (z.B. Mitglied des Gemeinderates) und dort, wo dies nicht möglich ist, beide Formen ausschreibt (der Redner/die Rednerin).

Ich möchte Ihnen sagen, dass für uns diese Abstimmung wichtig ist.

Wir feiern dieses Jahr 700 Jahre Eidgenossenschaft. 680 Jahre davon waren ohne Stimm- und Wahlrecht der Frauen, 690 Jahre war der Mann "gleicher" als die Frau.

Das heisst: 20 Jahre Frauen-Stimm- und Wahlrecht auf Bundesebene  
10 Jahre Gleichstellung von Mann und Frau in der Bundesverfassung

Nun ist eine gute Gelegenheit, einen Anfang zu machen und uns Frauen in der Geschäftsordnung zu erwähnen.

Es hat uns sehr gefreut, dass uns im Dezember doch der eine oder andere auf unsere Verkleidung angesprochen hat. Wir sind offen für Gespräche. Wir möchten keinen traditionellen Entscheid. Also nutzen Sie doch die Gelegenheit und informieren Sie sich!"

## 2. Protokollgenehmigungen

Die Protokolle der 7. Sitzung vom 3. Dezember 1990 und der 8. Sitzung vom 10. Dezember 1990 werden genehmigt.



## PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 130 -

SITZUNG VOM

28. Januar 1991

### 3. **Spezialkommission Planung Erstwahl**

A 1.A

Kurt Bossuge schlägt im Namen der IFK

- Peter Reinhard, Riethofstrasse 1, 8152 Opfikon

als Nachfolger von Jürg Lanz in die Planungskommission vor. Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Der Gemeinderat

### BESCHLIESST:

1. Peter Reinhard wird als Mitglied der Planungskommission für die Restaratsdauer 1990/94 gewählt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Peter Reinhard, Riethofstrasse 1, 8152 Opfikon
  - Bezirksrat Bülach
  - Stadtrat
  - Substitut
  - Stadtkanzlei



## PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 131 -

SITZUNG VOM

28. Januar 1991

4. **Nächtliches Dauerparkieren**  
**Postulat Peter Reinhard und zwei Mitunterzeichner** P 2.9.3

Peter Reinhard begründet das von ihm am 30. November 1990 eingereichte Postulat betreffend nächtliches Dauerparkieren. Der Rat wird an der nächsten Sitzung die Ueberweisung an den Stadtrat behandeln.

5. **Revision der Verordnung über den Finanzhaushalt**  
**Motion Markus Goetschi und fünf Mitunterzeichner** F 4.C

Markus Goetschi begründet die von ihm am 3. Dezember 1990 eingereichte Motion betreffend Revision der Verordnung über den Finanzhaushalt. Der Rat wird an der nächsten Sitzung die Ueberweisung an den Stadtrat behandeln.

6. **Drogenpolitik / Postulat Hans A. Kohler und zwölf Mitunterzeichner**  
**Beschlussfassung zur Ueberweisung** F 6.6

Werner Erni wünscht das Wort im Namen von Hans A. Kohler, welcher heute abwesend ist. Er orientiert, dass Hans A. Kohler der Ansicht ist, dass die Antwort des Stadtrates sich mit seinen Forderungen überschneiden. Er ist daher der Meinung, dass das Postulat zurückgezogen werden kann.

Stadtrat HansPeter Friess zeigt sich erfreut über die sich anbahnende gute Zusammenarbeit. Er lädt alle dazu ein, bei Fragen zur Drogenpolitik, direkt mit dem Stadtrat Kontakt aufzunehmen.

Das Postulat ist zurückgezogen. Aus dem Rat wird das Wort nicht mehr gewünscht.

Mitteilung an:

- Stadtrat
- Gesundheitsvorstand HansPeter Friess

7. **Luft-Programm, Interpellation Peter Reinhard**  
**Antwort des Stadtrates** U 1.1.3

Valentin Perego gibt bekannt, dass über Interpellationen keine Beschlüsse gefasst werden. Eine Abschreibung ist daher nicht nötig.

Peter Reinhard (EVP) ist mit der Antwort des Stadtrates grundsätzlich zufrieden. Der Stadtrat hat gezeigt, dass er gewillt ist, sich energisch einzusetzen. Er wünscht vom Stadtrat, dass von Zeit zu Zeit weitere Informationen in den Gemeinderat getragen werden. Er bedankt sich beim Stadtrat für die geleistete Arbeit. Das Wort wird im Rat nicht weiter verlangt.



SITZUNG VOM

28. Januar 1991

8. Wohnbauförderung, Postulat Kurt Schwaighofer  
Antwort des Stadtrates und Antrag auf Abschreibung

W 3.2.1

Kurt Schwaighofer (CVP) dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die termingerechte Beantwortung seines Postulates. Mit dem ersten Teil der Antwort des Stadtrates kann er sich einverstanden erklären. Der zweite und dritte Teil ist ihm zu allgemein abgehalten. Es wird auf ein Entscheid des Kantonsrat vertröstet. Seiner Ansicht nach müsste kurzfristig etwas realisiert werden. Er hat das Gefühl, dass der Stadtrat die ganze Angelegenheit zu wenig ernst nimmt. Er sieht zur Zeit zwei Möglichkeiten:

1. Die Verabschiedung des Postulates (dann würde wahrscheinlich von ihm eine Motion eingeleitet), oder
2. der Stadtrat gibt weitere Angaben zuhanden des Protokolls.

Stadtrat Bruno Tantanini ist der Ansicht, dass der Stadtrat ganz klar aufzeigt, wie vorgegangen werden soll. Der Entscheid des Kantonsrates steht aus, eventuell wird dieses Jahr sogar noch eine Volksabstimmung folgen. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass nicht ohne diesen Beschluss weitere Schritte eingeleitet werden sollen.

Peter Reinhard (EVP) stört sich an der absoluten Art, wie der Beschluss des Stadtrates abgefasst wurde. Die Aussagen:

2. ... gefördert werden nur die Baugenossenschaften und
3. der private Wohnungsbau wird finanziell nicht unterstützt

schliessen verschiedene Möglichkeiten aus, was an und für sich sehr schade ist. Peter Reinhard regt an, dass diese absoluten Ausdrücke mit "in der Regel" ersetzt werden. So wie der Beschluss jetzt formuliert ist, könnte er einer Abschreibung nicht zustimmen.

Christine Schärer (NIO) fragt an, ob es auf der Parzelle auf dem Rietgrabenhang nur eine entweder-oder-Lösung, d.h. entweder Familiengärten oder Gesamtüberbauung gibt.

Stadtrat Karl Pfister gibt Auskunft:

a) zu Peter Reinhard:

Der Stadtrat will in der Förderung des privaten Wohnungsbaus nicht allein vorprellen. Er weist darauf hin, dass im Bericht die Formulierung "lieber nicht" vorhanden ist. Sollte der Kanton einen Beitrag zur Förderung des privaten Wohnungsbaues leisten, wird der Stadtrat sicher wieder darüber nachdenken.



b) zu Christine Schärer:

Der Stadtrat will die Parzelle am Rietgrabenhang nicht zerstückeln. Wenn eine Gesamtplanung vorhanden ist, könnte deren Realisierung auch etappenweise erfolgen.

Christine Schärer (NIO) fragt nach, ob eine Gesamtstudie in Erwägung gezogen wird.

Werner Erni (FDP) gibt bekannt, dass die Fraktion FDP für Abschreibung des Postulates ist. Er ist der Meinung, dass ein verdichtetes Bauen gefördert und ein zweckdienlicher, günstiger Wohnungsbau betrieben werden sollte.

Stadtrat Karl Pfister kann sich vorstellen, dass eine Gesamtstudie erfolgen sollte. Eine solche Studie wurde jedoch noch nicht eingeleitet.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger gibt bekannt, dass der Beschluss des Stadtrates nicht abgeändert werden soll. Wenn der Gemeinderat der Meinung von Peter Reinhard ist, soll er eine Abschreibung verhindern.

Peter Reinhard stellt den Antrag um Aufrechterhaltung des Postulates. In der Abstimmung erhält der Antrag Peter Reinhard 27 und derjenige des Stadtrates 7 Stimmen.

Somit ist das Postulat nicht abgeschrieben und geht an den Stadtrat zur Weiterbehandlung zurück.



## PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 134 -

SITZUNG VOM

28. Januar 1991

**Wohnbauförderung, Postulat Kurt Schwaighofer  
Antwort des Stadtrates und Antrag auf Abschreibung**

W 3.2.1

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag von Peter Reinhard vom 28. Januar 1991

### BESCHLIESST:

1. Das Postulat Kurt Schwaighofer "Wohnbauförderung" wird aufrechterhalten und wird an den Stadtrat zurückgewiesen.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Stadtrat
  - Stadtkanzlei
  - Bauamt
  - Sozialabteilung
  - Finanzverwaltung



SITZUNG VOM

28. Januar 1991

### 9. Bewilligung eines Kredites für die Erstellung von Asylbewerbern-Notunterkünfte an der Oberhauserstrasse E 1.3.2 / F 6.3.2

Charles Kulli, Mitglied der RPK, erläutert den Antrag seiner Kommission. Die RPK ist mehrheitlich zum Schluss gekommen, das Kreditbegehren zu unterstützen.

Werner Erni, Mitglied der RPK, fragt an, ob eine Trennung der beiden Dörfer an der Oberhauserstrasse (Asylanten-Unterkünfte / privates Objekt "am Schärme") oder eine Verknüpfung vorgesehen ist.

Stadtrat Erich Klaus antwortet, dass eine Trennung dieser beiden Dörfer ganz klar vorgesehen ist. Eine Mischung der beiden Zielgruppen ist nicht erwünscht.

Es folgt eine ausgiebige, sehr emotional geführte Diskussion. Während dieser Diskussion werden viele Fragen vom Stadtrat beantwortet.

Kurt Bossuge (LdU) stellt folgende Fragen zuhanden des Protokolls:

1. Sind es achtzig oder hundert Franken pro Monat oder Halbjahr?
2. Beahlt die Gemeinde Krankenkassenprämien? Wieviel? Wer bezahlt allenfalls den Selbstbehalt?
3. Wieviel wird ausgegeben für Gratis-Abos?
4. Wieviele Asylanten haben wir zur Zeit und wie lange sind diese schon hier?
5. Wo sind diese untergebracht?
6. Wieviele Wohnungen sind von Asylanten besetzt?
7. Werden noch zusätzlich Gelder für andere Bedürfnisse ausgerichtet?

Die Fragen werden von Erich Klaus wie folgt beantwortet:

1. Das Kleidergeld beträgt höchstens Fr. 75.- pro Halbjahr. Dazu kommt wenn nötig noch höchstens Fr. 75.- pro Halbjahr für Schuhe.
2. Die Gemeinde ist verpflichtet, einen Minimalabschluss bei einer Krankenkasse zu bezahlen. Arzt- und Zahnarztrechnungen werden bezahlt. Wenn der Asylbewerber später Lohnbezüger wird, muss er diese Gelder zurückbezahlen. Es findet nur eine Schmerzbehandlung statt. Bei Behandlungen über Fr. 500.- muss ein Bundesdelegierter entscheiden.
3. Es werden Gratis-Abos abgegeben, da die Asylanten öfters in die Stadt müssen. Gratis-Abos bringen auch insofern Vorteile, dass sich die Asylanten verteilen.



SITZUNG VOM

28. Januar 1991

4. Zur Zeit werden 41 Asylanten von der Gemeinde Opfikon betreut. Wie lange diese schon da sind, kann nicht beantwortet werden.
5. Die Asylanten sind untergebracht:
  - Dorfstrasse 66 (bis März)
  - Mühlegasse 12
  - Oberhauserstrasse 29
  - Püntackerweg 1
  - Wallisellerstrasse 25
  - Zusätzlich sind zwei Asylanten in der Zivilschutzunterkunft untergebracht.
6. Kann aus 5. abgeleitet werden.
7. Es werden keine zusätzlichen Gelder ausbezahlt.

Im weiteren werden folgende Voten abgegeben:

Franz Schneller (GV): Die Fraktion GV ist mehrheitlich für Zustimmung

Albert Steffen (SVP) stellt den Antrag um Ablehnung des Kreditbegehrens.

Hans Jörg Stahl (SVP) stellt den Antrag um Abstimmung mit Namensaufruf.

Peter Reinhard (EVP) teilt mit, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmt, auch wenn sie mit der ganzen Asylpolitik nicht einverstanden sein kann. Der Namensaufruf wird von ihm begrüsst.

David Häne (NIO) kann den Antrag um Namensaufruf nur unterstützen. Die NIO ist für den Antrag der RPK.

Werner Brühlmann (FDP) teilt mit, dass die FDP dem Antrag der Rechnungsprüfungskommission zustimmt. Sobald die Container vorhanden sind, sollen alle Wohnungen geräumt werden.

Walter Epli (CVP) teilt mit, dass seine Fraktion dem Antrag des Stadtrates zustimmt. Obwohl eine Containerlösung nicht befriedigt und nur eine kurzfristige Notlösung sein kann, muss dieses Projekt nun dringlichst verwirklicht werden.

Kurt Bossuge (LdU) stellt einen Rückweisungsantrag, damit die Standortfrage noch einmal überarbeitet werden kann. Sollte dieser Rückweisungsantrag abgelehnt werden, ist er für Ablehnung des Kreditbegehrens.

Markus Goetschi (SVP) stellt einen Ordnungsantrag, dass nun zur Abstimmung geschritten werden soll. Dem Ordnungsantrag Goetschi wird mit 22 Ja zu 9 Nein-Stimmen zugestimmt.

Valentin Perego stellt den Ablauf der Abstimmung klar. Der Namensaufruf würde nur für die Schlussabstimmung gelten. Zuerst wird über den Rückweisungsantrag befunden, dann allenfalls über den Namensaufruf, danach folgt die Schlussabstimmung (Ablehnung / Annahme).



SITZUNG VOM

28. Januar 1991

Der Rückweisungsantrag von Kurt Bossuge wird mit 9 zu 25 Stimmen abgelehnt.

Damit eine Abstimmung mit Namensaufruf stattfindet, müssen neun Ratsmitglieder diesen Antrag unterstützen. Der Antrag wird mit 25 Stimmen unterstützt.

Es folgt die Schlussabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Kreditbehrens. Die Gemeinderäte werden nach dem Alphabet aufgerufen und aufgefordert, ihre Stimme mit ja oder nein abzugeben. Da bei einer Stimmengleichheit die Stimme des Ratspräsidenten ausschlaggebend wäre, gibt der Ratspräsident seine Stimme als erster ab.

Der Aufruf ergibt folgendes Ergebnis:

|                   |          |                    |      |
|-------------------|----------|--------------------|------|
| Andres Aepli      | nein     | Charles Kulli      | ja   |
| Rudolf Anliker    | nein     | Valentin Perego    | ja   |
| Erich Bader       | nein     | Peter Reinhard     | ja   |
| Antonia Banz      | ja       | Fritz Schär        | ja   |
| Walter Berner     | nein     | Christine Schärer  | ja   |
| Kurt Bossuge      | nein     | Heinrich Schlatter | ja   |
| Werner Brühlmann  | ja       | Ernst Schmid       | ja   |
| Bernadette Bühler | ja       | Kathrin Schmid     | ja   |
| Peter Bühler      | ja       | Franz Schneller    | ja   |
| Florian Caprez    | nein     | Kurt Schwaighofer  | ja   |
| Walter Epli       | ja       | Carmen Seebacher   | ja   |
| Werner Erni       | ja       | Hans Jörg Stahl    | nein |
| Roberto Gardin    | ja       | Albert Steffen     | nein |
| Oliver Gasche     | ja       | Anton Steiner      | ja   |
| Markus Goetschi   | nein     | Eduard Tellenbach  | nein |
| Christian Götz    | ja       | Bruno Tenger       | nein |
| David Häne        | ja       | Felix Widmer       | ja   |
| Hans A. Kohler    | abwesend | Martin Zwysig      | ja   |

Damit stimmt der Rat mit 24 Ja- zu 11 Nein-Stimmen dem Antrag der RPK und dem Antrag des Stadtrates zu. Der Kredit von Fr. 458'000.- ist somit bewilligt.



SITZUNG VOM

28. Januar 1991

**Bewilligung eines Kredites für die Erstellung  
von Asylbewerber-Notunterkünften an der Oberhauserstrasse E 1.3.2 / F 6.3.2**

---

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 6. November 1990

## BESCHLIESST:

1. Für die Erstellung von Asylbewerber-Notunterkünften an der Oberhauserstrasse zu Lasten der Investitionsrechnung 1991 Konto Nr. 617.5030.125 wird ein Kredit von Fr. 458'000.- bewilligt.
2. Für die Nutzung und Beschaffung der Wohncontainer wird ein Miet-/Kaufvertrag für 36 Monate mit einer Jahresmiete von höchstens Fr. 94'080.- abgeschlossen.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel für die Finanzierung der Baute auf dem Darlehensweg zu beschaffen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Stadtrat
  - Büro map, Neugutstrasse 16, 8304 Wallisellen
  - Fürsorgebehörde
  - Finanzvorstand
  - Fürsorgevorstand
  - Liegenschaftenvorstand
  - Liegenschaftenverwaltung
  - Sozialabteilung
  - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

28. Januar 1991

### Schluss der Sitzung

---

Valentin Perego gibt bekannt, dass das Büro die neue Geschäftsordnung Gemeinderat verabschiedet hat. Die neue Geschäftsordnung wird den Gemeinderäten zugeschickt. Die Behandlung im Rat erfolgt voraussichtlich am 4. März 1991.

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Valentin Perego macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, 8180 Bülach.

Für richtiges Protokoll  
Der Ratssekretär-Stv.:



Roger Würsch



## PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 140 -

SITZUNG VOM

28. Januar 1991

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:



6. Feb. 1991

Der 1. Vizepräsident:



11. 2. 1991

Der 2. Vizepräsident:



11. 2. 1991

